

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Omid Najafi und Holger Kühnlenz (AfD)

Wirtschaftliche Perspektive der niedersächsischen Chemieindustrie

Anfrage der Abgeordneten Omid Najafi und Holger Kühnlenz (AfD) an die Landesregierung, eingegangen am 14.03.2023

Zum 09.03.2023 riefen die Gewerkschaften IG BCE, IG Metall und IG Bau zu einem bundesweiten Aktionstag auf, um auf eine „drohende Deindustrialisierung Deutschlands“ hinzuweisen, ausgelöst durch die hohen Strompreise. Energieintensive Branchen benötigten einen günstigen Industriestrompreis, der international wettbewerbsfähig sei und der eine langfristige betriebliche Planbarkeit zur Sicherung von Standorten und Arbeitsplätzen ermögliche.¹ Nach aktuellen Medienberichten soll ein EU-Geheimpapier zu den akuten Gefahren der Energiepolitik existieren, es drohe ein schockartiger Verlust von Arbeitsplätzen, bedroht sei vor allem der Mittelstand.²

Besonders betroffen ist die Chemieindustrie in Deutschland, sie steht im internationalen Vergleich an dritter Stelle, nach China und den USA, gleichauf mit Japan. Die Branche bildet den drittgrößten Wirtschaftszweig in Deutschland, auf sie entfallen rund 11 % der nationalen Industrieproduktion und knapp 23 % der Bruttowertschöpfung. Existenziell sind für die deutschen Betriebe daher sowohl der Import der wichtigsten Rohstoffe über sichere Lieferketten als auch günstige Energiekosten im eigenen Land, um international wettbewerbsfähig zu bleiben. In Niedersachsen hat die Chemieindustrie eine Wertschöpfung von über 12 Milliarden Euro, wobei rund zwei Drittel des Umsatzes im Export erwirtschaftet werden. Die Branche sichert im Bundesland rund 25 000 Arbeitsplätze. Die Betriebsstruktur ist überwiegend mittelständisch; diese Betriebe können im Gegensatz zu multinationalen Konzernen die hohen Produktionskosten im eigenen Land nicht durch Produktionsverlagerungen ins Ausland kompensieren.

Schon Ende 2022 meldete der Verband VCI, dass die Ertragslage durch gestiegene Energie-, Rohstoff- und Vorproduktpreise „dramatisch“ schlechter geworden sei: 80 % der Unternehmen meldeten rückläufige Ertragszahlen, 25 % wiesen Verluste aus.³ Anfang 2023 sah sich die Branche vor einer „Existenzkrise“⁴ Die Kapazitäten in der Chemieindustrie waren nur noch zu 74,3 % ausgelastet.⁵ Im 1. Quartal 2023 glaubten Konzerne wie BASF, Dow und Lanxess nicht mehr an wettbewerbsfähige Energiepreise und planten konkret den Abbau von Arbeitsplätzen und die Verlagerung von Investitionen und Kapazitäten ins Ausland.⁶

Am 20.02.2019 hatten Vertreter von IG BCE, UVN und VCI Nord mit Wissen des Wirtschaftsministeriums ein Positionspapier beschlossen, das bereits auf die Gefahren der Energiewende für die Wirtschaft hinwies. Zudem investierten internationale Unternehmen nicht mehr in Deutschland oder der EU, sondern in Asien und den USA.⁷

¹ https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/braunschweig_harz_goettingen/Industrie-Bundesweite-Proteste-fuer-haertere-Strompreisbremse,industriestrompreis100.html

² <https://www.bild.de/bild-plus/geld/wirtschaft/wirtschaft/brisantes-eu-geheimpapier-ueber-unsere-unternehmen-deutschland-droht-der-job-sch-83123740.bild.html>

³ <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/chemieindustrie-jedes-vierte-chemieunternehmen-macht-verlust-vci-warnt-vor-dramatischer-entwicklung/28870336.html>

⁴ <https://www.chemanager-online.com/news/chemieindustrie-der-existenzkrise>

⁵ <https://www.wiwo.de/politik/konjunktur/chemie-ifo-stimmung-in-deutscher-chemieindustrie-truebt-sich-ein/28965228.html>

⁶ <https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/702136/Energie-in-Deutschland-weiter-zu-teuer-Unternehmen-wandern-ab>

⁷ <https://www.mw.niedersachsen.de/download/150441>

Am 24.02.2023 verkündete der Chemiekonzern BASF, in Deutschland eine vierstellige Zahl an Stellen abzubauen und Investitionen nach China zu verlagern. Gründe dafür seien die hohen Energiepreise und die hohe bürokratische Überregulierung in der EU.⁸

1. Welche Kenntnisse hat die Landesregierung über die Inhalte des sogenannten EU-Geheimpapiers? Welche Informationen erhält die Landesregierung über ihre bundes- und europapolitischen Vertreter?
2. Wie bewertet die Landesregierung die hohen Kosten des Industriestroms und die drohende Wirtschaftskrise vor dem Hintergrund der Energiewendepolitik im Bund und insbesondere der Energiepolitik in Niedersachsen?
3. Welche der in dem Positionspapier von 2019 genannten Forderungen und Maßnahmen wurden bisher von der Landesregierung in der 18. und 19. Legislaturperiode umgesetzt? Welche konkreten Maßnahmen sind derzeit in Planung?
4. Welche Informationen hat die Landesregierung über die Abwanderung niedersächsischer Chemieunternehmen aus dem Bundesland?
5. Welche Informationen hat die Landesregierung über drohende Werksschließungen oder Arbeitsplatzverluste in der niedersächsischen Chemieindustrie?
6. Welche Schritte plant die Landesregierung, um auf Bundes- und EU-Ebene dafür zu sorgen, dass die von der EU-Kommission für dieses Jahr geplante REACH-Revision zu einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Chemieunternehmen führt, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen?
7. In welchem Umfang profitieren derzeit niedersächsische Unternehmen mit hohen Stromkosten von der Begrenzung der EEG-Umlage im Rahmen der Besonderen Ausgleichsregelung (BesAR) (bitte um Auflistung der Top-30-Unternehmen und der jeweiligen Ausgleichssumme)?
8. Wie bewerten die Landesregierung und die Spitzenverbände der niedersächsischen Wirtschaft die vorhandene Netzstabilität und die Kostensituation bei der Energieversorgung in Niedersachsen in diesem Jahr? Welche Szenarien der Stromverknappung können sich ab dem 15.04.2023 infolge der Stilllegung des Kernkraftwerks Emsland ergeben?

⁸ <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/chemiekonzern-basf-streicht-weltweit-2600-stellen-scharfe-kritik-der-arbeitnehmer/29001264.html>